

Basler Zeitung

wirtschaft

Nationaler Nationalrat für bessere Politik -

656 Wörter

23 Mai 2005

Basler Zeitung

21

Deutsch

(c) 2005 Basler Zeitung Homepage Address:

der baz-gast: Professor **Reiner Eichenberger***

Reformstau. Die Schweiz leidet an einer langjährigen Wirtschaftswachstumsschwäche und einem Reformstau, beispielsweise in der Gesundheits-, Altersvorsorge-, Steuer- und Verkehrspolitik. Deshalb müssen mit einer Optimierung unseres politischen Systems die Anreize der politischen Entscheidungsträger gestärkt werden, die politischen Probleme effektiv zu lösen.

Doch was für Systemverbesserungen braucht es?

Immer wieder ertönt der Ruf nach einer Föderalismusreform mit Kantonsfusionen oder der Bildung von Grossregionen, weil die Schweizer Kantone zu klein und uneinheitlich seien. Doch diese Vorschläge zielen in die falsche Richtung: Grössere Kantone sind nicht leistungsfähiger.

Gleichwohl krankt die Schweiz an einer föderalistischen Fehlkonstruktion. Aber das Problem liegt nicht bei den Kantonen und Gemeinden, sondern beim Bund. Richtiger Föderalismus heisst nämlich starke Gebietskörperschaften unter einem starken Bundesdach. Das aber fehlt der Schweiz. Zwar wird in Bern viel legifertiert, reguliert und spendiert. Aber den Entscheidungsträgern fehlen wirksame Anreize, im Interesse der gesamten Bevölkerung zu handeln. Dabei ist - neben der Bundesratswahl - der Nationalrat das Hauptproblem. Sein Name suggeriert zwar eine nationale und gesamtschweizerische Orientierung. Doch die Wahrheit ist anders. Zwar geht alles demokratisch zu und her, und der Wettbewerb um Wählerstimmen bringt Politiker und Parteien dazu, einigermaßen im Sinne der Bürger ihrer Wahlkreise zu politisieren. Da aber die Wahlkreise die einzelnen Kantone oder Teile davon sind, müssen Nationalräte kantonale Interessen vertreten, nicht das Wohl aller Schweizer.

So lohnt es sich für diese nationalen Politiker wenig, über kluge Lösungen für die Schweiz insgesamt nachzudenken. Mit Blick auf die Wahlen ist es für sie immer besser, ihre knappe Zeit für Kantonsinteressen einzusetzen. Deshalb kämpfen im Nationalrat nur wenige für allgemeine Sparsamkeit, aber viele für hohe Ausgaben und Gesetze, die ihren eigenen Kantonen besonders nützen. Somit wachsen die Bundesaussgaben, gerade weil die nationalen Institutionen schwach und der Kantönliche Geist stark sind.

Ein typisches Beispiel für kantonale Beutejagd sind die beiden Neat-Eisenbahntunnels. Obwohl schon ein Tunnel für die Transportbedürfnisse mehr als gereicht hätte, hat die kantonale Beutejagd zum Bau zweier Tunnels geführt, die nun viel teurer als versprochen werden und wo aus Kostengründen am Ausbau der Zufahrten gespart werden muss.

Beutejagd. Das alles bedeutet natürlich nicht, dass heute kein Nationalrat nationale Fragen thematisiert. Zum Glück gibt es immer Ausnahmen. Zudem entsprechen sich die nationalen und kantonalen Interessen zuweilen. Überdies lohnt es sich auch für Beutejäger, wenigstens mit Schlagworten auf nationale Probleme zu zielen. Denn Lippenbekenntnisse und uneingelöste Wahlversprechen laufen kantonalen Interessen nicht zuwider, und ihre Formulierung nimmt kaum kostbare Zeit in Anspruch, die auf der Beutejagd fehlt.

Die Kosten der föderalistischen Fehlkonstruktion belasten alle Schweizer, aber besonders die Bürger grosser Kantone. Beutejagd ist nämlich vor allem für Politiker kleiner Kantone mit wenigen Nationalratssitzen eine Erfolgsstrategie. Sie müssen einen grossen Anteil der Wähler hinter sich scharren und so Positionen vertreten, die möglichst vielen Wählern nützen. In grossen Kantonen mit vielen Sitzen haben hingegen auch Politiker Chancen, die sich auf Anliegen von Minderheiten und weniger auf kantonale Beutejagd spezialisieren. Deshalb werden die Interessen der grossen Kantone weniger effektiv vertreten.

Nationale Wahl. Das Reformrezept liegt damit auf der Hand. Wenigstens ein Teil der Nationalräte, zum Beispiel ein Drittel, sollte in gesamtschweizerischen Wahlkreisen gewählt werden. Damit hätten die Kandidaten starke Anreize, Lösungen zu erarbeiten und zu vertreten, die der Schweiz als Ganzes und nicht nur einzelnen Kantonen dienen. Partikularismus, der anderen Kantonen schadet, würde sich viel weniger lohnen als heute, weil mit einer gesamtschweizerisch vorteilhaften Politik in der ganzen Schweiz Stimmen gesammelt werden können. Politik, die den einen auf Kosten anderer nützt, würde im Gegensatz automatisch bestraft.

Mit einer solchen Reform, die den Einsatz fürs grosse Ganze belohnt, würden nicht nur die Anreize der Politiker verbessert, sondern auch ihre positiven Motivationen gestärkt und wohl neue Kräfte freigemacht.

* **Reiner Eichenberger** ist ordentlicher Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg.

Ein Teil der Nationalräte, zum Beispiel ein Drittel, sollte in gesamtschweizerischen Wahlkreisen gewählt werden.

Die Schweiz krankt an einer föderalistischen Fehlkonstruktion. Das Problem liegt nicht bei den Kantonen, sondern beim Bund.

BAZ01wir05_1_bazgastMK.xml

Dokument BASLRZ0020050523e15n00033